

Protokoll Nr. 5/2022
über die Sitzung des Ausschusses für Familie, Kindertagesstätten, Schulen und Sport
Mittwoch, 7. September 2022 von 16:30 Uhr bis 19:02 Uhr
Mensa der Theodor-Heuss-Realschule, 31787 Hameln
Öffentliche Tagesordnungspunkte

Anwesend waren:

Ausschussvorsitz

Kurt Meyer-Bergmann

Stellv. Ausschussvorsitz

Anett Dreisvogt

Ausschussmitglied

Birgit Albrecht

Uwe Burhenne

Herbert Habenicht

Birgit Hart

Steffen Knippertz

Hagen Langosch

Dr. Matthias Loeding (anwesend ab 17:18 Uhr)

Jürgen Mackenthun

Katja Schütte

Fabian Zörkendörfer

Es fehlte entschuldigt

Murat Bas

Moritz Bökenkamp (Elternvertretung KiTa)

Ulf Hillebrecht (Landessschulbehörde)

Marcel Hoff (Schülervertreter)

Margret Lassel (Seniorenrat)

Julia Sinnig (Lehrervertretung)

Vertretung für Ausschussmitglied

Wilfried Binder für Herrn Dr. Loeding bis 17:18 Uhr

Kevin Knoche (stellv. Schülervertreter) für Herrn Marcel Hoff

Gerhard Paschwitz für Herrn Murat Bas

Grundmandat

Hermann Campe

mit Stimmrecht in Schulangelegenheiten

Dr. Volker Schöpe (Elternvertretung Schulen)

beratendes Mitglied

Maria Bergmann (Vertretung des Sports)

Patrick Bertuleit (pädagogische Vertretung)

Thomas Haeckel (Stadtjugendring)

Christiane Heins (Vertretung der KiTa)

Vertretung der Verwaltung

Martina Harms (StR'in)

Dirk Kuhfuß (FBL 6)

Bernd Himler (AL 63)

Protokollführung
Viktoria Kinderknecht

Vorlage	TOP	Öffentliche Tagesordnungspunkte
	1.	Protokollgenehmigung
146/2022	2.	Antrag der Gruppe SPD/ Bündnis 90/ Die Grünen vom 12.07.2022: Gründung eines städtischen Beirat für Menschen mit Behinderungen
160/2022	3.	Antrag der Gruppe SPD/ Bündnis 90/ Die Grünen vom 15.08.2022: Soziale Notlagen abfedern – Zügig Energie- Härtefallfonds auch in Hameln einrichten
161/2022	4.	Einrichtung der evtl. IGS am Schulzentrum West als Ganztagschule
162/2022	5.	Resolution der Stadt Hameln zur Gewährleistung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter
169/2022	6.	Energiesparmaßnahmen aufgrund einer etwaigen Gasmangellage
	7.	Umsetzung des Aufgabenportfolio des Ausschusses für Familie, Kindertagesstätten, Schule und Sport entsprechend dem Haushalt 2022/23
	8.	Berichterstattung Corona
	9.	Mitteilungen der Verwaltung

Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit wurden festgestellt.

Vor Beginn der Sitzung wird aus der Mitte des Ausschusses die Bitte geäußert, TOP 6 „Energiesparmaßnahmen aufgrund einer etwaigen Gasmangellage“ auf TOP 2 vorzuziehen und damit alle anderen nachfolgenden TOPs um einen Punkt zu verschieben. Die Änderung der Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 1. Genehmigung des Protokolls Nr. 4/2022 vom 16.06.2022

Abstimmungsergebnis:

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltung: 2

TOP 2. Energiesparmaßnahmen aufgrund einer etwaigen Gasmangellage

169/2022

Beschlusstext:

Die Stadt Hameln leistet ihren Beitrag zur Abwendung bzw. Abmilderung einer Energiemangellage.

Zur Energieeinsparung in den städtischen Schulen, Sportstätten Kindertagesstätten und Einrichtungen der sozialen Arbeit wird daher der anliegende Maßnahmenkatalog beschlossen.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgt ab dem 01.10.2022 und ist bis zum 30.04.2023 befristet.

Aus der Aussprache:

Frau Harms erläutert die Vorlage und weist darauf hin, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Abmilderung einer Energiemangellage der Vorlage zu entnehmen sind. Der Vorschlag der Sporthallenschließungen in den Ferien sei bereits in der Öffentlichkeit breit diskutiert worden. Insgesamt stehen 23 Sporthallen zur Verfügung, die 35 von insgesamt 86 Hamelner Sportvereinen nutzen. Gemeinsam mit der Abt. Schulen und Sport habe sie überlegt, ob die Nutzung in den Ferienzeiten auf bestimmte Halle konzentriert werden könne, so dass nicht alle Sporthallen geschlossen werden müssten. Dies hat sich aus organisatorischen Gründen als nicht realisierbar

dargestellt. Eine von der Verwaltung initiierte Umfrage unter den niedersächsischen Städten und Gemeinden habe ergeben, dass diese in den Ferienzeiten entweder die Sporthallen gar nicht öffnen oder nur auf einen gezielten Antrag hin öffnen würden. In diesen Fällen hätten die Vereine dann jedoch eine Nutzungsgebühr zu entrichten.

Frau Bergmann nimmt aus Sicht des Kreissportbundes dazu Stellung und teilt mit, dass alle Lebensbereiche bei der Krise betroffen seien. Es ginge bei dem Training nicht nur um die reine Sportausübung, sondern die Sportstätten dienen auch als Ort der Begegnung u.a. auch für Senioren. Dies sei für das soziale Gefüge sehr wichtig. Insofern sei die Absicht fatal, die Sporthallen in den Ferienzeiten nicht öffnen zu wollen. An dieser Stelle fügt sie hinzu, dass auch der Schwimmunterricht gefährdet sei, weil im Raume stehe, dass die Aquasport GmbH die Traglufthalle über dem Waldbad in Unsen nicht errichten wolle. Dabei sei es Pflichtaufgabe der Schulen, Schwimmunterricht gemäß Curriculum zu gewährleisten.

Herr Langosch erklärt, dass die Aquasport GmbH unabhängig von einer politischen Entscheidung auch aufgrund wirtschaftlicher Lage entscheiden wird, ob eine Schließung vorgenommen werde.

Herr Binder schließt sich Frau Bergmann an und äußert, dass die Trainings- und Wettkampfbetriebe und die Veranstaltungen in den Sporthallen weiterhin stattfinden müssen. Eine Schließung würde einen sozialen Einschnitt bedeuten und dies wolle die Mehrheitsgruppe nicht mittragen.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich einmütig dafür aus, die Punkte 5, 6 und 9 des der Vorlage beigefügten Maßnahmenkataloges nicht mittragen zu wollen und sie dementsprechend zu streichen.

Herr Langosch stellt zu Punkt 7 bezüglich der Lüftungsanlagen die Frage, ob eine Abschaltung im Winter aufgrund wieder eventuell erhöhter Corona-Infektionszahlen überhaupt möglich sei.

Herr Kuhfuß erklärt, dass beabsichtigt sei, die Lüftungsanlagen an das Nutzungsverhalten anzupassen. Dies sei abhängig von der Nutzeranzahl oder eben besonderer Gefährdung, sodass in diesen Fällen die Lüftungsgeräte weiterhin im Betrieb bleiben.

Frau Albrecht teilt mit, dass die CDU das Vorhaben sehr kritisch sehe und fasst zusammen, dass die von der Verwaltung vorgeschlagenen Hallenschließzeiten in den Ferien insgesamt sechs Wochen betragen. Sie regt an, nur bestimmte Hallen zu öffnen und die Vereine darauf zu konzentrieren. Dies müsste von der Verwaltung koordiniert werden. Die ggf. höheren Fahrtkosten seien in diesem Fall seitens der Eltern in Kauf zu nehmen.

Frau Dreisvogt bezieht sich auf Frau Albrechts Redebeitrag und teilt mit, dass Sportvereine i.d.R. Quartieren zugeordnet seien. Es müsse nicht sein, dass Eltern quer durch die Stadt fahren, um ihre Kinder zum Training zu bringen.

Frau Hart teilt mit, dass in der Vergangenheit aufgrund von Corona nur sechs Sporthallen geöffnet hatten. Aktuell haben wieder alle Sporthallen geöffnet. Sie fragt nach, wie viele Hallen in den Ferien von Vereinen genutzt werden.

Frau Bergmann verweist auf den Hallenbelegungsplan der Verwaltung.

Herr Kuhfuß antwortet, dass es nicht richtig sei, dass in der Vergangenheit aufgrund von Corona nur sechs Sporthallen geöffnet hatten. Vielmehr seien, nachdem die Pandemielage dies wieder zuließ, alle 23 Sporthallen den Vereinen auch in den Ferienzeiten zur Verfügung gestellt worden, um eben den Vereinen ein Aufholen und Nachholen zu ermöglichen. Hinsichtlich der tatsächlichen Nutzung könne er jedoch aus

dem Stegreif keine genauen Zahlen nennen. Ob diese dann aber auch das tatsächliche Nutzungsverhalten widerspiegeln sei nicht sicher. Die Vereine hätten zwar Trainingszeiten angemeldet, ob diese aber wirklich genutzt wurden oder Training mangels Beteiligung ausgefallen ist, sei für die Verwaltung nicht nachvollziehbar, da dieses nicht wirklich kontrolliert werden könne.

Frau Harms teilt mit, dass die Vereine über die möglichen Hallenschließungen informiert wurden. Von den 35 betroffenen Vereinen hätten sich drei bei der Verwaltung dazu gemeldet. Insgesamt habe es nur eine kritische Rückmeldung gegeben. Sie betont, dass es von der Verwaltung personell nicht leistbar sei, die Trainingszeiten von 35 Vereinen auf eine auf sechs Hallen reduzierte Anzahl zu koordinieren.

Frau Albrecht stellt für die CDU-Fraktion folgenden Antrag: „Die Verwaltung wird beauftragt zu überprüfen, ob in den Ferien eine Zusammenlegung der Trainingszeiten der Vereine in den Hallen möglich ist.“

Herr Binder merkt an, dass er die Zusammenlegung der Trainingszeiten für kontraproduktiv halte und davon abraten würde. Er weist daraufhin, dass nicht nur regulärer Trainingsbetrieb, sondern auch Wettkampfvorbereitungen stattfinden.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die einzelnen Punkte abstimmen.

Die Gruppe SPD/ Bündnis 90/Die Grünen schlägt folgende Änderung des Beschlusses vor:

„Die Stadt Hameln leistet ihren Beitrag zur Abwendung bzw. Abmilderung einer Energiemangellage. Zur Energieeinsparung in den städtischen Schulen, Sportstätten Kindertagesstätten und Einrichtungen der sozialen Arbeit wird daher der anliegende Maßnahmenkatalog **bei Wegfall der Punkte 5,8 und 9** beschlossen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgt ab dem 01.10.2022 und ist bis zum 30.04.2023 befristet.“

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltung: 0

Die CDU stellt folgenden Antrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt zu überprüfen, ob in den Ferien eine Zusammenlegung der Trainingszeiten der Vereine in den Hallen möglich ist.“

Ja: 4 Nein: 8 Enthaltung: 1

Herr Bertuleit informiert über einen offenen Brief zur Energiekrise im Kontext der Kinderrechte (liegt dem Protokoll bei).

TOP 3.
146/2022

Antrag der Gruppe SPD/ Bündnis 90/ Die Grünen vom 12.07.2022: Gründung eines städtischen Beirat für Menschen mit Behinderungen

Beschlusstext:

Hiermit stellt die Gruppe SPD/ Bündnis 90 / Die Grünen im Rat der Stadt Hameln folgenden Antrag zur Beratung und Beschlussfassung im Fachausschuss, VA und Rat:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Gründung eines eigenen städtischen Beirat für Menschen mit Behinderungen einzuleiten.

Der Beirat soll mit dem jährlich vom Land Niedersachsen geförderten Etat in Höhe von 5000 € ausgestattet werden.

Ferner sollen dem Beirat barrierefreie Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, damit dieser seine Sitzungen sowie Sprechstunden für Bürger*innen abhalten kann.

2 a. Bei der Gründung und Entwicklung der Satzung soll die Verwaltung eng mit dem Kreisbeirat für Menschen mit Behinderungen zusammen arbeiten, sowie mit allen Institutionen, Vereinen und Organisationen in Hameln, in welchen sich Menschen mit Behinderungen organisieren.

b. Für die Gründung und Entwicklung dieses Beirats soll die Verwaltung die Möglichkeit prüfen, über die Förderung des Landes Niedersachsens für „Projekte zur Inklusion, Partizipation und Bewusstseinsbildung“ finanzielle Mittel für die gemeinsame Entwicklung einer städtischen Satzung und Geschäftsordnung zu akquirieren.

Aus der Aussprache:

Frau Dreisvogt erläutert für die Mehrheitsgruppe den Antrag.

Herr Habenicht weist darauf hin, dass es bereits beim Landkreis einen solchen Beirat gebe, der natürlich auch für die Stadt Hameln zuständig sei. Insofern sei ihm nicht klar, ob es daher einen eigenen städtischen geben müsse. Auch stelle er sich die Frage, ob Rückschlüsse daraus gezogen werden können, dass die Arbeit des Behindertenbeirates beim Landkreis nicht zufriedenstellend sei, wer zukünftig die Behinderten in den Ausschüssen vertritt und was das Ganze kostet.

Frau Dreisvogt erklärt, dass der Wunsch für einen städtischen Behindertenbeirat von Menschen mit Beeinträchtigungen geäußert worden sei. Dieser leiste sehr gute Arbeit.

Frau Harms erkundigt sich nach der Quelle für den vom Land Niedersachsen geförderte Etat i.H.v. 5.000 €. Aus der ihr vorliegenden Förderrichtlinie sei dies nicht ersichtlich. Sie ergänzt, dass heute nicht nur von einem Behindertenbeirat gesprochen werden dürfe. Vielmehr stünde heute „Inklusion“ im Fokus, welches viel mehr als nur körperlich oder geistig beeinträchtigte Menschen umfasse. Bezüglich der finanziellen Auswirkungen gibt sie zu bedenken, dass eine Kostenneutralität dann nicht mehr gegeben sei, wenn sich aus der Arbeit des Beirates heraus ein personeller Mehrbedarf in der Verwaltung ergebe.

Herr Himler begrüßt aus fachlicher Sicht grundsätzlich den Antrag, weist aber darauf hin, dass aus seiner Sicht und Erfahrung der Beirat ohne Begleitung der Verwaltung eher nicht funktionieren werde. Auch empfiehlt er, inhaltlich das Ganze zu erweitern und den angedachten Behindertenbeirat um andere benachteiligte Gruppen, wie bspw. Diversität, zu ergänzen.

Herr Habenicht schlägt vor, dass die Verwaltung einen Satzungsentwurf erarbeitet und der Fachausschuss darüber beschließt.

Frau Dreisvogt übernimmt die Sitzungsleitung und übergibt das Wort an Herrn Meyer-Bergmann.

Herr Meyer-Bergmann schlägt vor, den Antrag in der heutigen Sitzung in der vorliegenden Form zu beschließen.

Herr Meyer-Bergmann übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Herr Langosch spricht sich strikt dagegen aus, unterschiedliche Gruppen zu einem Beirat zusammenzuschließen. Aus seiner Sicht bedürfe eine vielfältige Gesellschaft, entsprechend eigene Gremien für eine angemessene Interessenvertretung.

Die CDU-Fraktion spricht sich grundsätzlich für die Gründung eines städtischen Behindertenbeirates aus. Frau Albrecht stellt den Geschäftsordnungsantrag, den vorliegenden Antrag in die FKSS-Ausschusssitzung am 30.11.2022 zu schieben.

Frau Dreisvogt spricht sich dagegen aus, den Antrag in den nächsten FKSS-A zu schieben. Sollte für die anderen Fraktionen noch Beratungsbedarf bestehen, sei dafür dann trotzdem noch ausreichend Zeit, da der Verwaltungsausschuss und Rat erst Ende September tage. Die Mehrheitsgruppe stehe gegenüber Änderungen und Ergänzungen im Verwaltungsausschuss und Rat offen.

Herr Meyer-Bergmann lässt über den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag in die nächste FKSS-A-Sitzung im November zu schieben, abstimmen:

Ja: 5 Nein: 8 Enthaltung: 0

Herr Habenicht stellt die Frage an die Mehrheitsgruppe, wie die Satzung erarbeitet werden soll. Er habe den Gedanken, dass sich alle daran beteiligen sollten.

Frau Dreisvogt antwortet, dass die Satzung im Rat beschlossen werden müsse und dass diese von den Betroffenen erstellt werden solle.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 8 Nein: 0 Enthaltung: 4

TOP 4. Antrag der Gruppe SPD/ Bündnis 90/ Die Grünen vom 15.08.2022: Soziale Notlagen abfedern – Zügig Energie- Härtefallfonds auch in Hameln einrichten
160/2022

Beschlusstext:

Hiermit stellt die Gruppe SPD / Bündnis 90 Die Grünen im Rat der Stadt Hameln folgenden Antrag zur Beratung und Beschlussfassung im Fachausschuss, VA und Rat:

Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend einen Energiehilfe-Härtefallfonds einzurichten. Die durch die Niedersächsische Landesregierung in Aussicht gestellte Förderung in Höhe von 50 Millionen zur Unterstützung lokaler Härtefallfonds soll hierbei einbezogen werden. Die Einrichtung und konkrete Ausgestaltung eines lokalen Härtefallfonds soll mit dem Landkreis Hameln-Pyrmont als Sozialhilfeträger abgesprochen werden. Die Stadtwerke sind bei dieser Aufgabe eng einzubinden.

Aus der Aussprache:

Die Vorlage 160/2022 wird durch die Vorlage 160/2022-1 ersetzt. Die Aussprache erfolgt unter TOP 4.1.

TOP 4.1. Antrag der Gruppe SPD/ Bündnis 90/ Die Grünen vom 06.09.2022: Soziale Notlagen abfedern – Zügig Energie- Härtefallfonds auch in Hameln einrichten
160/2022-1

Beschlusstext:

Hiermit stellt die Gruppe SPD / Bündnis 90 Die Grünen im Rat der Stadt Hameln folgenden Änderungsantrag zur Vorlage 160/2022

„Soziale Notlagen abfedern – Zügig Energie- Härtefallfonds auch in Hameln einrichten“ zur Beratung und Beschlussfassung im Fachausschuss, VA und Rat:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung eines Energie-Härtefallfonds in Abstimmung mit dem Landkreis Hameln-Pyrmont, den Spitzenverbänden und den Stadtwerken Hameln Weserbergland zu prüfen.

Die Prüfung beinhaltet insbesondere die Ermittlung der finanziellen und personellen Ausstattung.

Die durch die Niedersächsische Landesregierung in Aussicht gestellte Förderung in Höhe von 50 Millionen Euro zur Unterstützung lokaler Härtefallfonds soll hierbei einbezogen werden.

Aus der Aussprache:

Frau Harms erläutert, dass die von der niedersächsischen Landesregierung in Aussicht gestellte Förderung so angelegt ist, dass sich der Fonds zu jeweils einem Drittel aus kommunalen und Mitteln des örtlichen Energieversorgers und der Förderung speist. Dies würde unter Berücksichtigung des sog. Königsteiner Schlüssels einen Anteil in Höhe von 380.000 € bedeuten, den die Stadt Hameln beisteuern müsse. Die gleiche Summe hätten die Stadtwerke Hameln ebenfalls aufzubringen, um dann von der Förderung in Höhe von ebenfalls 380.000 € partizipieren zu können.

Frau Dreisvogl übernimmt die Sitzungsleitung und erteilt Herrn Meyer-Bergmann das Wort.

Herr Meyer-Bergmann bekräftigt Frau Harms Aussagen und weist nachdrücklich darauf hin, dass die vorbereitenden Maßnahmen keinen Aufschub dulden würden, um dann bei tatsächlichen Engpässen direkt unterstützen zu können.

Herr Meyer-Bergmann übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Es schließt sich eine intensive Diskussion an, an welcher sich die Vertreter aller Fraktionen beteiligen.

Die Sitzung wird auf Wunsch der CDU-Fraktion für eine kurze Beratung um 18:22 Uhr unterbrochen und um 18:30 Uhr weiter fortgeführt.

Für die CDU-Fraktion erklärt Frau Albrecht, dass die Größenordnung des angedachten Hilfsfonds letztlich einen Betrag in Höhe von lediglich 38 € je Hamelner Bürger zur Verfügung stellen könne. Insofern bezweifle die CDU-Fraktion die Wirksamkeit des Hilfsfonds. Gleichwohl stimme die Fraktion zunächst dem Prüfauftrag zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 13 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 5.
161/2022

Einrichtung der evtl. IGS am Schulzentrum West als Ganztagschule

Beschlusstext:

Vorbehaltlich der Genehmigung des Antrags auf Errichtung einer Integrierten Gesamtschule am Standort der „Theodor-Heuss-Realschule“ wird die Verwaltung beauftragt, den Betrieb als Ganztagschule gemäß § 23 Niedersächsisches Schulgesetz zu beantragen.

Aus der Aussprache:

Bei Aufruf des TOP erklärt Herr Meyer-Bergmann, dass zur Vorlage Nr. 161/2022 ein Erweiterungsantrag (Nr. 177/2022), welcher sich auf die Einrichtung der Grundschule am Mainbach als Ganztagschule bezieht, seitens der Mehrheitsgruppe gestellt wurde. Dieser wird als Tischvorlage in der Sitzung verteilt.

Frau Harms erläutert kurz die Vorlage 161/2022.

Hinsichtlich der Einrichtung der Grundschule am Mainbach als Ganztagschule erklärt sie, dass das Ganztagskonzept der Schule am 2. August bei der Stadtverwaltung eingegangen sei. In diesem Zusammenhang waren noch einige Punkte mit dem Regionalen Landesamt für Schulen und Bildung zu klären, welches aufgrund der Sommerferien jedoch erst Ende August möglich war, so dass eine entsprechende Vorlage für den heutigen Ausschuss nicht mehr vorbereitet werden konnte, die geplante Eingabe im November das Genehmigungsverfahren nicht gefährdet hätte.

Herr Habenicht gibt an, dass es noch gar nicht klar sei, dass die IGS West genehmigt werde und er hierbei etwas zustimmen müsste, obwohl seitens des RLSB noch keine Genehmigung vorliegt. Des Weiteren stellt er die Frage, wieso der Ganztagsbetrieb überhaupt genehmigt werden müsse, wenn dieser bereits an der THRS vorhanden sei.

Herr Kuhfuß erklärt, dass zunächst nur der Antrag zur Errichtung einer IGS gestellt worden sei – ohne Beantragung als Ganztagschule. Dies bedeute, wenn die IGS West genehmigt werden würde, läge nicht automatisch eine Genehmigung für den Ganztagsbetrieb vor. Parallel zum ersten IGS-West-Antrag wurde der Antrag gestellt, die beiden Schulformen Realschule und OBS auslaufen zu lassen.

Frau Albrecht gibt an, dass die CDU-Fraktion nach wie vor gegen eine kurzfristige Umwandlung der THRS zu einer IGS seien. Dennoch sei es unabdingbar, dass die neue IGS einen Ganztagsbetrieb vorhalte.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Vorlage Nr. 161/2022 und über den Erweiterungsantrag (s. TOP 5.1) gesondert abstimmen. Das Ergebnis zum Erweiterungsantrag Nr. 177/2022 ist dem TOP 5.1. zu entnehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 13 Nein: 1 Enthaltung: 1

TOP 5.1. Antrag der Gruppe SPD/ Bündnis 90/ Die Grünen vom 07.09.2022: Erweiterungs-
177/2022 **antrag zur Vorlage 161/2022**

Beschlusstext:

Hiermit stellt die Gruppe SPD, Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hameln folgenden Erweiterungsantrag zur Einrichtung einer Ganztagschule zur Beratung und Beschlussfassung im Ausschuss FKSS, VA und Rat:

Die Verwaltung wird beauftragt auch für die Grundschule Am Mainbach beim RLSB gemäß § 23 Niedersächsisches Schulgesetz den Betrieb als Ganztagschule ab dem Schuljahr 2023/24 zu beantragen.

Aus der Aussprache:

s. TOP 5

Abstimmungsergebnis:

Ja: 15 Nein: 0 Enthaltung: 0

TOP 6. Resolution der Stadt Hameln zur Gewährleistung der Umsetzung des Rechtsan-
162/2022 **spruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter**

Beschlusstext:

Der Rat der Stadt Hameln verabschiedet die anliegende Resolution zur Gewährleistung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter und fordert das Land auf, umgehend eine klare Position zur Ausgestaltung des Rechtsanspruches in Niedersachsen zu beziehen.

Aus der Aussprache:

Herr Kuhfuß erläutert die Vorlage und erklärt, dass die fehlende Positionierung des Landes, wie die Ganztagsbetreuung auszusehen habe, die Verwaltung massiv in der Arbeit behindere. Dies sei exemplarisch insbesondere an den Baumaßnahmen an der Basbergschule/Niels-Stensen festzumachen.

Herr Habenicht verlässt die Sitzung vor der Abstimmung um 18:47 Uhr.

Frau Schütte bittet im Beschlussvorschlag „das Land“ durch „die neue Landesregierung“ zu ersetzen und in der Anlage (Resolution) den ersten Satz im zweiten Absatz „Der aktuelle Stillstand in der Landespolitik und“ zu streichen. Sie schlägt vor, dass der Satz mit „Die bisher fehlende klare Positionierung...“ beginnt.

Die Vorlage wird mit den vorstehenden Änderungen einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

12x Ja 0x Nein 0x Enthaltung

TOP 7. Umsetzung des Aufgabenportfolio des Ausschusses für Familie, Kindertagesstätten, Schule und Sport entsprechend dem Haushalt 2022/23

Aus der Aussprache:

Herr Kuhfuß gibt den aktuellen Sachstand wieder. Dieser wird dem Protokoll beigelegt (s. Anhang).

TOP 8. Bericht zur aktuellen Corona-Situation

Aus der Aussprache:

Es gibt keine Neuigkeiten zur aktuellen Corona-Situation.

TOP 9. Mitteilungen der Verwaltung

Aus der Aussprache:

Herr Kuhfuß informiert über die Mitteilung des Nds. Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, dass der Investitionspakt Sportstätten ab 2023 nicht weiter fortgesetzt wird. Im Bundeshaushalt seien hierfür keine neuen Programmmittel eingestellt worden.

Herr Bertuleit berichtet über die Ferienmaßnahmen in der Kinder- und Jugendarbeit. Frau Schütte erkundigt sich daraufhin nach der Teilnehmerzahl der Kinder im Vergleich zum letzten Jahr.

Herr Bertuleit antwortet, dass rd. 100 Kinder mehr als letztes Jahr an den Ferienmaßnahmen teilgenommen haben. 2021 haben insgesamt 500 Kinder an dem Angebot teilgenommen, in der Zeit vor Corona seien es doppelt so viele gewesen.

Herr Langosch spricht seinen Dank aus, dass trotz der schwierigen Zeiten das Ferienangebot durchgeführt wurde.

Anmerkung: Sämtliche Anlagen sind über das Ratsinformationssystem unter der Sitzung Nr. 5/2022 vom 07.09.2022 einsehbar.

gez. Harms

gez. Meyer-Bergmann

gez. Kinderknecht

Stadträtin

Ausschussvorsitzender

Protokollführung